

Aktuelles aus der psychosozialen Fach- und Berufspolitik der DGVT und des DGVT-BV

Ausgabe 3/2018 – 3. Mai 2018



Inhalt

- » Fach- und berufspolitische Informationen
- » Kleine Anfragen der Parteien
- » Kinder und Jugendliche
- » Informationen zur Versorgung von Geflüchteten
- » Angestellte
- » Niedergelassene
- » Kostenerstattung
- » Aus der DGVT
- » Regionales
- » Termine – DGVT-Fortbildung
- » Termine – DGVT-BV-Fortbildung
- » Termine der Landesgruppen
- » Und last not least

Fach- und berufspolitische Informationen

- **BPTK-Patientenbroschüre „Wege zur Psychotherapie“**

Die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) hat ihre Patientenbroschüre „Wege zur Psychotherapie“ grundlegend überarbeitet. „Psychotherapeut*en*innen sind heute eine zentrale Anlaufstelle für alle Menschen mit psychischen Beschwerden“, stellt BPTK-Präsident Dietrich Munz fest. „Wer sich selbst bei psychischen Beschwerden nicht mehr zu helfen weiß, sollte nicht zögern, sich professionellen Rat zu holen.“ Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **BPTK-Patienten-Checkliste für Internetpsychotherapie**

Die BPTK rät Patient*en*innen, ihre psychischen Beschwerden in der Sprechstunde eines Psychotherapeuten abklären zu lassen, bevor sie ein Internetprogramm nutzen. Ein Internetprogramm kann grundsätzlich keine verlässlichen Diagnosen stellen.

Als Ergänzung zu dieser Empfehlung einer persönlichen Beratung bei einem Psychotherapeuten hat die BPTK eine Checkliste entwickelt, mit der Patient*en*innen Internetprogramme für psychische Beschwerden und Erkrankungen selbst einer ersten Überprüfung unterziehen können. Jedes Programm sollte zumindest die Antworten auf die Fragen dieser Checkliste bieten. Ist dies nicht möglich, sollte ein*e Patient*in das Programm nicht nutzen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Sektorengrenze muss fallen!**

Die Länder machen Druck beim sektorenübergreifenden Umbau des Gesundheitswesens. Im Juni will die Gesundheitsministerkonferenz einen "klaren Vorschlag" unterbreiten, wie die von der Koalition geplante Bund-Länder-Arbeitsgruppe ausgestaltet werden soll, die Hindernisse für die sektorenübergreifende Versorgung identifizieren soll. Das hat Baden-Württembergs Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) bei einer Veranstaltung in der baden-württembergischen Landesvertretung in Berlin angekündigt. "Es wird Ergebnisse geben", sagte Lucha. Die Länder hätten bereits 2017 den Bund einstimmig dazu aufgefordert, eine solche Reformkommission einzusetzen. Sein Land habe zudem bei der Arbeitsgemeinschaft der Obersten Gesundheitsbehörden Anfang März in Düsseldorf einen Beschlussvorschlag eingebracht. Dabei gehe es um die Harmonisierung der ambulanten und stationären Honorarsysteme sowie der Bedarfsplanung. Vorbild könne die psychiatrische Versorgung sein. Dort werde bereits sektorenübergreifend geplant, es gebe Regionalbudgets. "Der tagesklinische Gedanke in der psychiatrischen und psychosomatischen Versorgung, der wird auch in der allgemeinmedizinischen Versorgung Einzug halten und ihr Zentrumscharakter verleihen", so Lucha. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- IQWiG sieht keine Grundlage für Depressionsscreening**

Bei knapp 12% aller Erwachsenen in Deutschland wird im Laufe ihres Lebens eine Depression diagnostiziert. Das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) untersucht derzeit, ob es für Teilnehmer*innen eines Screenings Vor- oder Nachteile haben könnte, wenn beispielsweise Hausärzt*innen regelhaft einen Test anbieten, der Hinweise auf eine Depression geben kann. Ein Vorteil könnte darin bestehen, dass die Diagnose frühzeitig gestellt und eine Therapie begonnen werden kann. Die vorläufigen Ergebnisse liegen nun vor. Demnach bleiben Nutzen und Schaden einer solchen Reihenuntersuchung unklar. Das Institut sieht deshalb keine Grundlage für die Einführung des Screenings. Bis zum 4. Mai 2018 können Interessierte Stellungnahmen zu diesem Vorbericht abgeben. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- IQWiG empfiehlt Überarbeitung des DMP Koronare Herzkrankheit**

In seinem Abschlussbericht zur Überarbeitung der evidenzbasierten Leitlinien zur koronaren Herzkrankheit (KHK) empfiehlt das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG), das Disease Management Programm (DMP) um die Themen „Monitoring und Follow-up“ sowie „spezielle Formen der Angina Pectoris“ zu erweitern. Der Leitlinienabgleich zeigte laut IQWiG, dass keiner der bisherigen Gliederungspunkte der DMP-Richtlinie veraltet ist, der Aspekt „Schulungen“ jedoch nur unzureichend berücksichtigt wird. Mit einer Ausnahme sei in den neueren Leitlinien hierzu nichts zu finden, so der Bericht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Neue Migräne-Leitlinie veröffentlicht**

Die Deutsche Gesellschaft für Neurologie (DGN) und die Deutsche Migräne- und Kopfschmerzgesellschaft (DMKG) haben neue Empfehlungen für die Therapie bei Migräneattacken und für die Prophylaxe der Migräne vorgelegt. Die neue Leitlinie soll die Versorgungssituation für Kinder und Erwachsene mit Migräne verbessern. Sie gibt Ärzt*en*innen und Patient*en*innen einen umfassenden Überblick, was nach aktuellem Stand der Medizin akut und vorbeugend gegen die häufige Kopfschmerzerkrankung hilft – und was nicht. Das knapp 100 Seiten umfassende Nachschlagewerk gewichtet medikamentöse, nicht medikamentöse und interventionelle Verfahren und nimmt Stellung zu Therapien ohne Wirksamkeitsnachweis. Die Leitlinie beleuchtet auch Sondersituationen wie Migräne in der Schwangerschaft. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Werbeverbot für Abtreibungen**

Der SPD-Parteivorstand hat auf dem Bundesparteitag in Wiesbaden beschlossen, im Streit um das Werbeverbot für Abtreibungen folgenden Beschluss gefällig: Wenn bis zum Herbst kein Kompromiss in der Bundesregierung oder zwischen den Fraktionen zum Strafgesetzbuch-Paragrafen 219a gefunden sei, wolle man mit „reformwilligen“ Fraktionen oder Abgeordneten gemeinsame Sache machen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- Reha-Bericht 2018**

Die Deutsche Rentenversicherung hat ihren Reha-Bericht 2018 vorgestellt. Der knapp 100-seitige Bericht enthält Informationen zur Rehabilitation: sowohl zu Umfang und Struktur als auch zu Prozess und Ergebnis der medizinischen und beruflichen Reha-Leistungen sowie zu den Ausgaben der Rentenversicherung für die Rehabilitation. Grundlage sind die routinemäßig erhobenen Statistikdaten mit Schwerpunkt auf dem Jahr 2016. Das Schwerpunktthema des Reha-Berichts 2018 beschäftigt sich mit der onkologischen Rehabilitation. Es werden zudem die aktuellen Entwicklungen in den Bereichen Recht und Politik, Reha-Qualitätssicherung, Sozialmedizin und Forschung dargestellt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Weitere 93 Projektanträge zu neuen Versorgungsformen**

Innerhalb der gesetzten Frist sind beim Innovationsausschuss beim Gemeinsamen Bundesausschuss (GBA) 93 Anträge zur Förderung von Projekten zu neuen Versorgungsformen eingegangen. Zu allen sechs Themenfeldern der jüngsten Förderwelle wurden Anträge eingereicht. Das Antragsvolumen aller eingereichten Anträge beträgt knapp 440 Mio. Euro und übersteigt somit deutlich die tatsächlich jährlich zu vergebende Fördersumme von 225 Mio. Euro. „Es zeigt sich erneut, dass das Ideenpotenzial zur Verbesserung der medizinischen Versorgung noch längst nicht ausgeschöpft ist. Die im Koalitionsvertrag enthaltene Verstärkung des Innovationsfonds über die ursprünglich vorgesehenen vier Jahre hinaus ist auch vor diesem Hintergrund ein sehr wichtiger und zukunftsweisender Schritt“, sagte der Vorsitzende des Innovationsausschusses, Josef Hecken, in Berlin. Der Expertenbeirat wird nun mit der Begutachtung und Bewertung der Anträge zu der am 20. Oktober 2017 veröffentlichten themenspezifischen Förderbekanntmachung beginnen. Voraussichtlich im kommenden Herbst erfolgt dann die Entscheidung zur finanziellen Förderung der ausgewählten Projekte. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Jahresbericht 2017 der Schlichtungsstelle für die Belange von Menschen mit Behinderungen**

Seit Dezember 2016 existiert die Schlichtungsstelle bei der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen. Ein wesentlicher Teil der Arbeit bezieht sich auf die Klärung von Rechtsfragen zum BGG. Die Schlichtungsstelle hat den Jahresbericht 2017 veröffentlicht, der einen Überblick über die rechtlichen Grundlagen und die Tätigkeit der Schlichtungsstelle gibt. Neben den rechtlichen Grundlagen, den Verfahrensprinzipien der Schlichtungsstelle und der Erläuterung des Ablaufs eines Schlichtungsverfahrens enthält der Jahresbericht Beispiele für in 2017 abgeschlossene Schlichtungsverfahren mit den Erfahrungen der Schlichter*innen, einen Statistikteil sowie Änderungsvorschläge, um die Effizienz und den Bekanntheitsgrad der außergerichtlichen Schlichtung weiter zu erhöhen. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Neue Infobroschüre: Das System der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland**

Das System sozialer Institutionen, Leistungen und Dienste in Deutschland ist stark gegliedert und daher für die Bürger*innen kaum zu durchschauen. Die Paritätische Arbeitshilfe gibt interessierten Menschen und Organisationen einen Einblick in das weltweit einmalige System der Freien Wohlfahrtspflege in Deutschland. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- DGPPN-Antistigma-Preis 2018: Für die Menschen und gegen Ausgrenzung**

Bereits zum 16. Mal ruft die DGPPN gemeinsam mit dem Aktionsbündnis Seelische Gesundheit zur Teilnahme am DGPPN-Antistigma-Preis auf. Bewerben können sich Initiativen und Organisationen, die sich für eine nachhaltige Integration von Menschen mit psychischen Erkrankungen einsetzen. Der Preis ist mit 10.000 Euro dotiert und wird im Rahmen des DGPPN Kongresses 2018 verliehen, der vom 28. November bis 1. Dezember in Berlin stattfindet. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- Die schwere Suche nach einem Therapieplatz**

Immer mehr Menschen nehmen eine psychotherapeutische Behandlung in Anspruch - wenn sie es denn können. Denn Therapieplätze sind knapp, zumindest bei Kassen-Therapeut*en*innen. Wer bei

ihnen keinen Platz findet, darf auch zu einem privaten Therapeuten gehen. Doch seit der Einführung einer neuen Richtlinie ist genau das nahezu unmöglich.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **BPTK-Studie „Wartezeiten 2018“**

Psychisch kranke Menschen warten immer noch viel zu lange auf eine psychotherapeutische Behandlung: Von der ersten Anfrage beim Psychotherapeuten bis zum Beginn der Behandlung vergehen rund 20 Wochen. Das ist das Ergebnis der BPTK-Studie "Wartezeiten 2018", die die Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) ein Jahr nach der Reform der Psychotherapie-Richtlinie veröffentlicht hat.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Erster Gesetzentwurf zur paritätischen Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung**

Das erste Gesundheitsgesetz, das die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung regelt, liegt im Entwurf vor. Dabei geht Bundesgesundheitsminister Jens Spahn weiter als der Koalitionsvertrag fest schreibt. Er verordnet Krankenkassen zunächst ein Abschmelzen der Überschüsse.

Ab 1. Januar 2019 sollen Arbeitgeber und Arbeitnehmer die Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) wieder hälftig zahlen. Der 24-seitige Entwurf eines Gesetzes zur Beitragsentlastung der Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-VEG, GKV-Versichertenentlastungsgesetz) soll noch vor der Sommerpause das Parlament passiert haben. Geplant ist eine erste Erörterung am 7. Mai 2018, die Verabschiedung durch das Kabinett Ende Mai. Dieses Vorschaltgesetz soll darüber hinaus einige andere finanzwirksame Regelungen beinhalten, wie die Gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Sabine Dittmar in einem Pressegespräch am 16.04.2018 verkündet hat.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Materialien zur KKH-Presskonferenz „Betrug im Gesundheitswesen“**

3,7 Mio. Euro - das ist der durch gepanschte Medikamente, gefälschte Rezepte und unrechtmäßig abgerechnete Leistungen entstandene Schaden der KKH Kaufmännischen Krankenkasse im Jahr 2017. Bundesweit deckte ein Ermittlerteam der KKH 270 neue Delikte auf und stellte in 22 Fällen Strafanzeige. Chefermittlerin Dina Michels bei der KKH sagt, „betroffen sind nahezu alle Bereiche des Gesundheitswesens“. Besonders in der ambulanten Pflege wurden 2017 die meisten Fälle registriert. Die Forderungen der KKH beziehen sich auf eine bundesweit stärkere Spezialisierung der Polizei bezüglich Korruption im Gesundheitswesen, da das Dunkelfeld noch immer extrem hoch ist. Bayern und Niedersachsen haben dies bereits in Bewegung gesetzt. Da meist nur Expert*en*innen die Methoden der Betrüger durchschauen könnten, müsse es bei der Polizei dringend mehr Abrechnungsspezialisten und IT-Expert*en*innen geben, so Michels. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kleine Anfragen der Parteien

- **Antwort der Bundesregierung zur Wirtschaftlichkeit im Gesundheitsbereich**

Die Bürokratie soll, so die Bundesregierung, in den Bereichen Gesundheit und Pflege verringert werden. In der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion wird deutlich, dass in den Koalitionsreformen auch untersucht werden soll, "inwiefern durch gezielte Maßnahmen Bürokratie abgebaut und Abläufe der medizinischen und pflegerischen Versorgung optimiert werden können". Um die Behandlungsabläufe allein am medizinisch-pflegerischen Bedarf der Patient*en*innen auszurichten, müsse daher eine Verbesserung der sektorenübergreifenden Versorgung stattfinden. Eine Reduzierung des Dokumentationsaufwandes und damit eine Entbürokratisierung der Pflegedokumentation wird durch das sogenannte Strukturmodell (SIS) gewährleistet. Außerdem solle eine Vereinfachung der Leistungen zur Entlastung pflegender Angehöriger stattfinden, um den bürokratischen Aufwand zu verringern und eine flexiblere Nutzung zu ermöglichen. Zur Entbürokratisierung trage zusätzlich das vereinfachte Antragsverfahren zwischen Versicherten, dem Medizinischen

Dienst der Krankenkassen (MDK) und den Kranken- und Pflegekassen bei. Die gesamte Antwort finden Sie [hier](#).

- **Kleine Anfrage der Linken zur Aufklärung der Medikamentenversuche an Heimkindern**
Schätzungsweise bis zu eine Million Kinder und Jugendliche hätten zwischen 1949 und 1975 in Heimen in der Bundesrepublik gelebt. Dabei seien der Medikamenteneinsatz in der Heimerziehung sowie Arzneimittelstudien in Heimen bisher kaum thematisiert worden. Das geht aus einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke hervor, die mehr Informationen über Arzneimittelstudien in Heimen in der oben genannten Zeit von der Bundesregierung fordern. Die gesamte Antwort finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage Fraktion B90/ Die Grünen zu unbesetzten Stellen in der Alten- und Krankenpflege**
In einer Kleinen Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen geht es um unbesetzte Stellen in der Alten- und Krankenpflege. Mutmaßlich 17.000 offene Stellen existieren in der Altenpflege, was die Gefährdung einer guten pflegerischen Versorgung aufgrund von Personalmangel erkenntlich macht. Nicht nur im Krankenhaus, sondern auch in der ambulanten Pflege zeige sich der Mangel an Personal. Wie hoch der Personalbedarf in der Alten- und Krankenpflege ist und welche regionalen Analysen zur Pflege vorliegen, das wollen die Abgeordneten genauer erfahren. Die Anfrage finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage Fraktion Die Linke zum BVA-Sondergutachten zum Morbi-RSA**
Thema einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke ist die Zukunft des Morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs (Morbi-RSA). Von dem Bundesgesundheitsministerium beauftragt, hat der Wissenschaftliche Beirat zur Weiterentwicklung des RSA im Herbst 2017 ein Sondergutachten erstellt sowie einige Empfehlungen ausgesprochen. Inwieweit die Bundesregierung zu den Empfehlungen und Untersuchungen steht, wollen die Abgeordneten nun wissen. Die Anfrage finden Sie [hier](#).
- **Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke zur globalen Gesundheitspolitik der Bundesregierung**
Die Strategie der Bundesregierung in der globalen Gesundheitspolitik wird in einer Kleinen Anfrage der Fraktion Die Linke thematisiert. Die Unternehmungen für einen zunehmenden Einsatz in globalen Gesundheitsfragen seien zu begrüßen. Zwischen der politischen Agenda und der Umsetzung und Finanzierung der Ankündigungen gebe es allerdings eine große Diskrepanz. Die Abgeordneten wollen unter anderem erfahren, mit welcher Agenda und welchen konkreten Finanzierungsvorschlägen die Bundesregierung im Mai 2018 als Mitglied im Exekutivrat der Weltgesundheitsorganisation (WHO) in die World Health Assembly geht. Die Anfrage finden Sie [hier](#).
- **Legitimation des G-BA hinterfragt**
Die FDP-Fraktion befasst sich in einer Kleinen Anfrage mit der verfassungsrechtlichen Legitimation des Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA). Laut Presseberichten sollte das Bundesgesundheitsministerium drei Gutachten zu dem Thema in Auftrag gegeben haben. Die Abgeordneten wollen nun wissen, zu welchem Ergebnis die Gutachten gekommen sind. Der G-BA ist die höchste Beschlussinstanz innerhalb der Selbstverwaltung des Gesundheitssystems. Der Bundesausschuss legt unter anderem den Leistungskatalog der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) fest, bewertet Arzneimittel, Untersuchungsmethoden und Qualitätsstandards.
Die Bundesregierung räumte in ihrer Antwort ein, dass die drei Rechtsgutachten seit Dezember 2017 vollständig dem BMG vorliegen. Trotzdem hat die Bundesregierung die Veröffentlichung abgelehnt. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kinder und Jugendliche

- **Behinderung und Hartz IV – Wie Armut die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen trifft**
Der Anteil der behinderten Kinder und Jugendlichen in der Bevölkerung ist in den letzten Jahren gestiegen. In Hartz IV ist er überproportional hoch, wie die Zugangsdaten der BA in geförderten Reha-Maßnahmen für Jugendliche zeigen.

Es gibt demnach einen engen Zusammenhang zwischen Lebensumständen bzw. der Familienzugehörigkeit und der Wahrscheinlichkeit, ob ein junger Mensch behindert ist oder nicht.

Beim Zugang in Reha-Maßnahmen der BA weisen 70 Prozent der jungen Menschen eine psychische oder eine Lernbehinderung auf. Diese Behinderungsarten sind oftmals nicht angeboren, sondern werden durch belastende Lebensumstände erzeugt. Diese Behinderungsarten wären durch Prävention und Förderung in vielen Fällen vermeidbar.

Eltern mit behinderten Kindern erhalten in Hartz IV keine zusätzliche finanzielle Unterstützung. Dies ist angesichts der Häufung der Fälle und des Ausmaß der Auswirkungen ein nicht haltbarer Zustand.

Kinder und Jugendliche in Hartz IV sind doppelt benachteiligt. Sie haben im Vergleich zu ihren Altersgenossen, deren Familien nicht auf Hartz IV angewiesen sind, ein höheres Risiko, behindert zu sein und geringere Chancen, durch eine entsprechende Reha-Maßnahme einen Ausbildungsabschluss zu erwerben.

Der DGB schlägt Sofortmaßnahmen gegen Kinderarmut vor, um die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Hartz-IV-Familien zu schützen und weiteren Behinderungen vorzubeugen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) startet bundesweite „Voll Power-Schultour“**

Mit einem neuen Angebot zur Alkoholprävention in Schulen richtet sich die BZgA gezielt an Jugendliche im Alter von 12 bis 16 Jahren: Ab sofort ergänzt die „Voll Power-Schultour“ die Präventionsangebote der BZgA-Jugendkampagne „Null Alkohol - Voll Power“ und will die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen fördern.

Die Drogenbeauftragte der Bundesregierung, Marlene Mortler, erklärt: „Nach wie vor ist Alkohol das am weitesten verbreitete Suchtmittel in Deutschland. Mehr als 20 000 Menschen sterben jedes Jahr an den Folgen, jeder davon ist einer zu viel! Leider ist Alkohol in unserer Gesellschaft allgegenwärtig und Jugendliche kommen oft zu leicht mit Wein, Sekt und Co. in Berührung. Wir müssen sie daher früh auf die Risiken hinweisen, sie aufklären und ihnen klar machen, dass sie jederzeit ‚Nein‘ zu Alkohol sagen können und dürfen! Angebote wie die ‚Voll Power-Schultour‘ leisten hierbei einen wertvollen Beitrag.“ (...)

Das Team der „Voll Power-Schultour“ besucht 2018 bis zu 20 Schulen im ganzen Bundesgebiet. Interessierte Schulen können sich für eine Teilnahme im Herbst 2018 bewerben. Alle Informationen zur Tour, zu den Workshops und dem Bewerbungsverfahren finden Sie [hier](#).

[Hier](#) geht es zur ganzen Pressemeldung.

Informationen zur Versorgung von Geflüchteten

- **Gemeinsames Europäisches Asylsystem: Rechtsgutachten zur Drittstaatenregelung von Rechtsanwalt Dr. Reinhard Marx**

Aktuell wird auf europäischer Ebene eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems verhandelt. Im Mittelpunkt der Reformvorschläge steht dabei das Konzept der sicheren Drittstaaten.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Angestellte

- **Informationen aus der Gewerkschaft Ver.di**

Die Artikel der neuen Rubrik "Informationen aus der Gewerkschaft Ver.di" aus der VPP finden Sie in Zukunft [hier](#). Dort berichtet Klaus Thomson (Sprecher der Ver.di-Bundesfachkommission PP und KJP und gleichzeitig Mitglied im Ausschuss "Psychotherapie in Institutionen" der Bundespsychotherapeutenkammer) zukünftig regelmäßig zu gewerkschaftlichen Themen, die die angestellten Mitglieder der DGVT interessieren könnten.

- ver.di-Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst – ein paar Informationen zum Verständnis von Klaus Thomsen
 - Koalitionsvereinbarung zu Krankenhäusern. Die Weichen sind gestellt
 - Arbeitsbedingungen beurteilen – geschlechtergerecht – Gender Mainstreaming in der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen
 - Fachtagung 2018 – Psychiatrie: Würde braucht Zeit
- **Weitere Informationen, die für Angestellte interessant sein könnten**
 - Wirkungen und Nebenwirkungen – Wirkungsorientierung im Bundesteilhabegesetz – die menschenrechtliche und andere Perspektiven [hier](#)
 - Erheblicher Rückschritt im Umgang mit psychischen Erkrankungen! [hier](#)
 - Entwurf Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz in Bayern [hier](#)

Niedergelassene

- **KBV-Hinweise zur Verordnung für Psychotherapeuten**
Die KBV hat eine Broschüre herausgegeben, um eine Unterstützung der Psychotherapeut*en*innen bezüglich Verordnung zu gewährleisten. Sie ermöglicht Psychologischen Psychotherapeut*en*innen und Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut*en*innen einen kompakten Einstieg in die wichtigsten Regeln und Grundlagen der Verordnung. Die 16-seitige Broschüre „Hinweise zur Verordnung für Psychotherapeuten“ ist in der aktuellen PP-Ausgabe des Deutschen Ärzteblatts enthalten. Im Fokus stehen die vier verordnungsfähigen Leistungen: Soziotherapie, medizinische Rehabilitation, Krankenhausbehandlung und Krankenförderung. Mehr Informationen finden Sie [hier](#).
- **DGVT-BV-Mitgliederinfo: Die Europäische Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO)**
Ab sofort finden Sie auf der Homepage des DGVT-Berufsverbands im internen Mitgliederbereich eine aktuelle DGVT-BV-Mitgliederinfo zum o. g. Thema. Der DGVT-BV wird dann noch spezielle Handreichungen für die psychotherapeutische Praxis erarbeiten und seinen Mitgliedern zur Verfügung stellen.
- **Neue Datenschutzregelungen - KBV veröffentlicht Informationen für die Praxis**
Ab dem 25. Mai 2018 gelten neue Datenschutzregelungen, die mit der EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) wirksam werden. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat in einer Praxisinformation die Antworten auf die wichtigsten Fragen psychotherapeutischer und ärztlicher Praxen veröffentlicht. Mit dieser Broschüre kann man auf einen Blick sehen, welche Vorkehrungen getroffen werden müssen, um den Informations- und Nachweispflichten nach der EU-DSGVO gerecht zu werden.
Gleichzeitig hat die KBV verschiedene nützliche Muster veröffentlicht, z. B. für Patienteninformationen oder das vorzuhaltende Verarbeitungsverzeichnis sowie eine Checkliste.
Auch die Bundespsychotherapeutenkammer arbeitet zurzeit an einer Praxis-Info.
Praxisinformationen der KBV zur Datenschutz-Grundverordnung finden Sie [hier](#).
Datensicherheit in der Praxis finden Sie [hier](#).
- **DGVT-BV-Mitgliederinfo - Telematikinfrastruktur**
Ab sofort finden Sie auf der Homepage des DGVT-Berufsverbands im internen Mitgliederbereich die neue DGVT-BV-Mitgliederinfo zur Telematik.
- **Leitlinie Diabetes und Straßenverkehr: Fast alle dürfen ans Steuer**
Die sechs Millionen deutschen Diabetiker mit Führerschein und ihre behandelnden Ärzt*en*innen atmen auf. Die neuen Leitlinien sagen: Fast alle Menschen mit Diabetes dürfen ans Steuer und zwar auch beruflich in Taxis, Bussen oder LKWs. Hohe Blutzuckerwerte führen nicht zwangsläufig zu Fahrverboten, so das Ergebnis der S2e-Leitlinie „Diabetes und Straßenverkehr“. Aber auch für be-

handelnde Ärzt*e*innen bedeuten die neuen Leitlinien mehr Sicherheit. Ab sofort muss ein Arzt, der sich an die Leitlinien hält, keine Haftungsansprüche befürchten.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **eGK: Patienteninformation erläutert VSDM in der Praxis**
In einem neuen Informationsblatt fasst die KBV die wichtigsten Fakten zum sogenannten Versichertenstammdatenmanagement zusammen. Praxen, die bereits an die Telematikinfrastruktur angeschlossen sind, können damit ihre Patienten über den Online-Datenabgleich auf der elektronischen Gesundheitskarte informieren. In der Patienteninformation wird unter anderem erläutert, wie das Versichertenstammdatenmanagement (VSDM) abläuft und welche Daten auf der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) abgespeichert sind. Wenn sich Veränderungen ergeben haben, werden die Daten beim VSDM aktualisiert. Es geht stets ausschließlich um die sogenannten Versichertenstammdaten. Dazu gehören Name, Geburtsdatum, Anschrift, Krankenversicherungsnummer und Versichertenstatus. Medizinische Daten werden beim VSDM weder auf der eGK gespeichert noch an die Krankenkassen übertragen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Kostenerstattung

- **Echo der Presse zu Kassenwatch**
Ärzteblatt, PP, Ausgabe April 2018, S. 151 (Bühning, Petra)
Strukturreform der ambulanten Psychotherapie: Weniger Bürokratisierung, aber auch weniger Therapieplätze
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
Deutschlandfunk, 4.4.2018 (Erl, Christian)
Psychotherapie: Die schwere Suche nach einem Therapieplatz
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
SPIEGEL online, 12.02.2018 (Jana Hauschild)
Kostenerstattung - Der Druck auf die Kassen steigt! SPIEGEL online berichtet über DGVT-BV-Projekt "Kassenwatch"
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Aus der DGVT

- **Flächendeckende Gesundheitsversorgung auch hierzulande noch nicht erreicht**
Die Forderung des diesjährigen Weltgesundheitstags nach einer umfassenden flächendeckenden Gesundheitsversorgung ist auch in Deutschland hochaktuell.
Auch hier ist der Gesundheitszustand noch immer zu sehr von Faktoren wie Einkommen, Wohnort, Geschlecht, Bildungsstand und sozialer Lage abhängig.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Free Your Mind – und wird der Rest dann folgen?**
30. Kongress für klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung vom 28.2. – 4.3.2018 an der FU in Berlin und 50 Jahre DGVT
Zwei Jubiläen konnten mit dem 30. Kongress für klinische Psychologie, Psychotherapie und Beratung in diesem Jahr in Berlin gefeiert werden. Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie wurde 50 Jahre alt und es war auch der 30. (D)GVT-Kongress insgesamt. Viel Grund zum Feiern, zum Nachdenken und zum „Nach-Vorne-Schauen“. Das tat der Kongress auch.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Anfrage der AfD zu Schwerbehinderung und Positionierung des Paritätischen zu Rechtsextremismus und Politik der AfD**

Die Fraktion der AfD hat sich in einer Kleinen Anfrage nach Zahlen zur Schwerbehinderung in Deutschland erkundigt und suggeriert einen Zusammenhang von Familienehen, behinderten Kindern und Migration. Die Anfrage der AfD und Antwort der Bundesregierung und Reaktion des Paritätischen finden Sie [hier](#).

Der Verbandsrat des Paritätischen Gesamtverbandes hat in seiner Sitzung am 19.04.2018 in Potsdam eine "Positionierung zu Rechtsextremismus und Politik der AfD" beschlossen.

Die Pressemeldung finden Sie [hier](#).

Des Weiteren gibt es ein breites Bündnis von Verbänden, das sich zu der Kleinen Anfrage der AfD positioniert. Im Rahmen dieses Bündnisses wurde eine Anzeige veröffentlicht, über die in den Medien bereits berichtet wurde. Das Bündnis wird sich mit seinem Anliegen auch an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages wenden.

Informationen zur Anzeige und zu den Bündnispartnern finden Sie [hier](#).

- **Erheblicher Rückschritt im Umgang mit psychischen Erkrankungen!**

Die Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie lehnt den unzureichenden Entwurf des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege für das Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz ab.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Regionales

- **Baden-Württemberg - Modellprojekt Docdirekt am Montag gestartet**

Medizinische Beratung, ohne den Arzt aufzusuchen – mit dem Modellprojekt Docdirekt ist dies seit Montag in Stuttgart und Tuttingen möglich. In den beiden Städten wird die telemedizinische Beratung getestet.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Gesundheit der Beschäftigten in Bayern**

Ein neuer Gesundheitsreport des Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) „Die Gesundheit der Beschäftigten“ zeigt, wie es um das körperliche und geistige Wohlbefinden der berufstätigen bayerischen Bevölkerung steht.

Bayern hat den im Ländervergleich geringsten Krankenstand und die Arbeits- und Wegeunfälle sowie die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle verringerten sich deutlich. Gleichzeitig spielen psychische Störungen inzwischen eine große Rolle im Hinblick auf die Arbeitsfähigkeit. Diese und weitere Daten hat das Bayerische LGL im neuen Gesundheitsreport 1/2018 „Die Gesundheit der Beschäftigten“ veröffentlicht.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Beratungszentrum für Telemedizin in Hessen eröffnet**

Mit einem „Kompetenzzentrum für Telemedizin und E-Health“ will das Land Hessen den Einsatz digitaler Techniken im Gesundheitswesen fördern. Es gehe darum, Projekte auf den Weg zu bringen, die die Patientenversorgung verbessern helfen, sagte Sozialminister Stefan Grüttner (CDU) bei der Eröffnung des Zentrums in Gießen.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Mecklenburg-Vorpommern**

Der Termin für das nächste Landesgruppen-Treffen Mecklenburg-Vorpommern (mit Landessprecher*innen-Wahl) ist Dienstag, 8. Mai 2018, 19.00 Uhr. Dazu sind hiermit alle Landesmitglieder herzlich eingeladen. Damit zur Sicherheit Platz für einige Mitglieder ist, wurde der Seminarraum des DGVT-Ausbildungszentrums für Psychotherapie Rostock (APR) in der Goethestrasse 8, 18055 Rostock, als Veranstaltungsort reserviert.

Um 19.00 hält der alte Landessprecher Dr. Jürgen Friedrich einen kurzen Vortrag zu den vergangenen zwei Jahren. Danach findet die Wahl der Landessprecher*innen statt. Jedes in Mecklenburg-Vorpommern lebende DGVT Mitglied kann kandidieren. Nach Vorstellung sowie Befragung können mehrere Landessprecher*innen gewählt werden. Anschließend kann sich noch kurz über die im Mai so langsam beginnenden OPK-Wahlen ausgetauscht werden (wer mag kandidieren, welche Fristen gibt es dafür?). Unser OPK-Vorstandsmitglied Dipl. Päd. Johannes Weisang wird ebenfalls anwesend sein. Danach endet das Treffen der Landesgruppe. Bitte kündigen Sie Ihre Teilnahme per E-Mail an (mv@dgvt.de).

- **Niedersachsen**

Das jährliche Mitgliedertreffen mit Fortbildung in Niedersachsen ist aktuell in Planung. Es findet am 27. Oktober 2018 in den Räumlichkeiten des Freizeitheimes Vahrenwald in Hannover statt. Voraussichtliches Fortbildungsthema ist EMDR (Eye Movement Desensitization and Reprocessing) bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Wie immer werden wir morgens mit dem fachlichen Vortrag beginnen und danach übergehen zum Mitgliedertreffen der DGVT-Landesgruppe Niedersachsen. Eine detaillierte Einladung mit Tagesordnung erfolgt zu gegebenem Zeitpunkt.

- **Sachsen-Anhalt**

Mitgliederversammlung am 25.04.2018 im MAPP-Institut Magdeburg mit Wahl der Landessprecher*innen und Vortrag: "Möglichkeiten nach der Approbation". Vortrag und Wahlen wurden erfolgreich durchgeführt. Vorgestellt wurden die beruflichen Möglichkeiten im Angestelltenbereich, in Niederlassungen und in der Kostenerstattung sowie Kassenwatch und die verschiedenen Mailinglisten in der DGVT. Im Amt bestätigt wurde Constanze Wenzel. Neu hinzu gekommen sind Norman Geißler und Michael Sauer.

Termine – DGVT-Fortbildung

- **6. Tagung Psychotherapie-State-of-the-Art "Aktuelle Ansätze der Traumatherapie"**
15.-16. September 2018 in Potsdam.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **17. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie "Am Limit"**
am 03.-04. November 2018 in Münster.
- **Psychotherapie bei chronischer Depression - Weiterbildung zum/zur CBASP TherapeutIn**
Start der Reihe: 25. Mai 2018 in Dortmund.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Energetische Psychotherapie - Exposition mit sensorischer Stimulierung – Einführungsseminar**
01.-02. Juni 2018 in Hannover.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVT) - Seminar 2: Kognitive Verhaltenstherapie (KVT) bei traumatisierten Menschen**
09.-10. Juni 2018 in München.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie – Einführung**
15.-16. Juni 2018 in Reutlingen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Paartherapie - Aufbau-seminar 5: Achtsamkeitsorientierte und emotionsfokussierte Interventionen in der Paartherapie**
29.-30. Juni 2018 in Berlin.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Psychopharmakologie**
07. Juli 2018 in Dortmund.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Traumatherapie (DGVT) - Seminar 3: Behandlung komplexer Traumatisierung**
07.-08. Juli 2018 in München.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

- **Spieltherapeutische Interventionen in der Verhaltenstherapie**
Start der Reihe: 27. Juli 2018 in Reutlingen.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine – DGVT-BV-Fortbildung

- **Praxisgründung**
09. Juni 2018 in Frankfurt am Main.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Approbation - was nun?**
20. Oktober 2018 in München.
27. Oktober 2018 in Hannover.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).
- **Wirtschaftliche Praxisführung**
23.-24. November 2018 in Frankfurt am Main.
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Termine der Landesgruppen

- **Hamburg**
Folge-Termine 2018 für das Netzwerk-Treffen „Kostenerstattung“: 26.06. und 16.10., jeweils von 20.00 - 21.30 Uhr, wieder im Hauptgebäude der Universität Hamburg, Edmund-Siemers-Allee 1, dann voraussichtlich wieder Flügelbau Ost, R. 221.
- **Mecklenburg-Vorpommern**
Das nächste Landesgruppen-Treffen Mecklenburg-Vorpommern (mit Landessprecher*innen-Wahl) ist am Dienstag, 8. Mai 2018, 19.00 Uhr im DGVT-Ausbildungszentrums für Psychotherapie Rostock (APR) in der Goethestraße 8, 18055 Rostock. Bitte kündigen Sie Ihre Teilnahme per E-Mail an (mv@dgvt.de).
- **Niedersachsen**
Das jährliche Mitgliedertreffen mit Fortbildung findet am 27. Oktober 2018 in den Räumlichkeiten des Freizeitheimes Vahrenwald in Hannover statt. Das Fortbildungsthema ist EMDR bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen. Eine Einladung folgt.

Und last not least:

- **32. Deutscher Psychotherapeutentag am 20. und 21. April 2018 in Bremen**
Den Bericht und die verabschiedeten Resolutionen finden Sie [hier](#).
- **Newsletter der European Association for Behavioural and Cognitive Therapies (EABCT)**
Weitere Informationen finden Sie [hier](#).